

N i e d e r s c h r i f t

**der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 08.11.2005**

öffentlich

**Ort:
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)**

Stadthaus, Kleiner Saal

Zeit:

17:00 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Joachim Geuther	CDU
Herr Frank Sänger	CDU
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die
Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN	
Herr Tilo Biesecke	SKE
Herr Matthias Dreler	SKE
Herr Dieter Lehmann	SKE
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE
Herr Heiner Schneider	SKE
Frau Franziska Godau	SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei.	
PDS		
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei.	
PDS		
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBurger	vertreten durch Frau Dr. Heating
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Friedemann Scholze	FDP	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
 - 4.1. Bebauungsplan Nr. 32.9 Heide-Süd - Abwägungsbeschluss
Vorlage: IV/2005/05224
 - 4.2. Bebauungsplan Nr. 32.9 Heide-Süd - Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: IV/2005/05230
 - 4.3. Anpassung Nahverkehrsplan
Vorlage: IV/2005/05337
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Anpassung der Namen von HAVAG-Haltestellen an tatsächliche Fahrtziele
Vorlage: IV/2005/05157
 - 5.2. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Erweiterung der Vorgartensatzung
Vorlage: IV/2005/05221
6. Anfragen von Stadträten
7. Anregungen
8. Mitteilungen
 - 8.1. Mitteilung zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 05.09.2005 - öffentlicher Teil
Vorlage: IV/2005/05332
 - 8.2. Ergebnis der Prüfung zum Antrag Aufhebung nicht erforderlicher Erhaltungssatzungen (Beschluss-Nr. IV/2005/04964)
 - 8.3. Sachstandsbericht zum B-Plan Nr. 88 Altindustriestandorte Halle-Süd

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Herr Sänger eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Abstimmungsergebnis:

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Wortprotokoll:

Herr Biesecke bat um folgende Änderungen:

TOP 4.1 Strukturen des MDV

„Herr Biesecke wollte wissen, wie groß der Anteil der Bürger ist, die den MDV *mindestens* selten *oder häufiger* benutzen.

Herr Dr. Meier schätzte ein, dass der Anteil in den Städten ca. 20 %“

Abstimmungsergebnis:

mit Änderungen einstimmig zugestimmt

zu 4 Vorlagen

**zu 4.1 Bebauungsplan Nr. 32.9 Heide-Süd - Abwägungsbeschluss
Vorlage: IV/2005/05224**

Wortprotokoll:

Frau Grimmer gab eine kurze Einführung zur Abwägung und Satzung des B-Planen Nr. 32.9.

Fragen wurden nicht gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Den Entscheidungsvorschlägen zu den zum Bebauungsplan Nr. 32.9 Heide-Süd, 1. Änderung vorgetragenen Anregungen wird zugestimmt.

**zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 32.9 Heide-Süd - Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: IV/2005/05230**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Bebauungsplan Nr. 32.9 Heide-Süd wird als Satzung beschlossen, die der Planung beigefügte Begründung wird gebilligt.

zu 4.3 Anpassung Nahverkehrsplan

Vorlage: IV/2005/05337

Wortprotokoll:

Herr Möbius erläuterte die Änderung auf einen 15 min Takt der Straßenbahnen.

Frau Schlüter-Gerboth fragte nach dem Angebot zu Hauptverkehrszeiten.

Herr Möbius erklärte die Situation anhand einer Folie zu Nachfrag-Angebot in Spitzenstunden verschiedener Linien.

Frau Dr. Haerting gab zu bedenken, dass bei Reduzierung des Angebotes sich auch die Nachfrage bei den „wahlfreien Bürgern“ verringern kann. Die HAVAG habe in Halle bei der Sicherung von Lebensqualität und Mobilität eine Schlüsselposition. Eine Konsolidierung des Haushaltes sollte hier nicht erfolgen sondern eine Angebotsorientierung.

Herr Möbius und Herr Rösler erläuterten anhand von Graphiken das neue Liniennetz. In den wichtigen Bereichen wird durch den Einsatz mehrere Linien auf einer Strecke ein 10-min bzw. 5-min Takt erreicht. Lediglich in Außenbereichen wird der 15-min Takt zum Tragen kommen.

Mit der Festschreibung der Mindesttaktzeit von 15 Minuten wird eine Mindestqualität angeboten.

Dies ist eine Reduzierung der Qualität im verträglichen Maß und sichert ein stabiles, klares Angebot im ÖPNV.

Die Kürzungen bei Bund und Land ziehen Kürzungen in der Kommune nach sich.

Frau Dr. Haerting stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Rederecht für die Vertreter der HAVAG. Dieser wurde einstimmig angenommen.

Sie stellte folgende Frage: was hält die HAVAG von dem Vorschlag, in Stoßzeiten mehr Züge einzusetzen.

Herr Girard erläuterte, dass es lediglich für 10 % der maßgeblich betroffenen Fahrgäste eine Verschlechterung eintritt. Den Einnahmeverlusten von geschätzten 500 T€ bis 1 Mio€ stehen 4,5 Mio€ Einsparungen gegenüber.

Herr Weihrich wollte wissen, ob es betriebsbedingte Kündigungen geben wird.

Dies wurde verneint.

Herr Weihrich war der Meinung, dass der HAVAG genaue Fahrgastzahlen nicht bekannt seien, dies habe die Diskussion im Aufsichtsrat bezüglich des Elisabethgymnasiums gezeigt.

Herr Girard stellte daraufhin Graphiken zum Bedienungsbedarf für wesentliche Streckenabschnitte vor (siehe auch Anlage zum Protokoll).

Herr Biesecke fragte, ob die Fahrtzeiten der Linien auf gleichen Strecken (z.B. Halle-Neustadt) auch so gestaltet werden, dass regelmäßige Taktzeiten (z.B. von 5 min) eingehalten werden.

Dies wurde bestätigt.

Herr Dr. Eigenfeld fragte nach den Veränderungen der Taktzeiten am Wochenende.

Es wird keine geben.

Herr Dr. Eigenfeld fragte weiter nach den Taktzeiten der Buslinien, insbesondere der Linie 26.

Herr Girard antwortete, dass es für die Linie 26 keine Änderungen geben wird. Ansonsten wird hier eine Optimierung Bus - Straßenbahn erfolgen, das die Buslinien vor allen eine Zubringerfunktion haben.

Herr Dr. Eigenfeld wies darauf hin, dass Straßenbahnen wiederholt 3 min früher abfahren als im Fahrplan ausgewiesen.

Herr Lehmann fragte, ob man zwecks Einsparung die Haltestellenabstände auf bestimmten Strecken nicht vergrößern könnte.

Herr Girard antwortete, dass dies gemäß Stadtplan (vor allem in der Altstadt) gestaltet wird.

Herr Ploß sprach sich für die Veränderung der Taktzeit auf 15 min aus.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 3

Nein-Stimmen 2

Enthaltungen 1

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, die Veränderung des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) 2002-2006 im Punkt 5.3.5 Taktzeiten und in der Anlage 1 des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages auf einen 15 Minuten-Grundtakt im Straßenbahnverkehr. Die sich aus dieser Veränderung ergebenden Konsequenzen sind mit den geringsten Auswirkungen für die Fahrgäste umzusetzen.
2. Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, bis Ende 2006 dem Stadtrat einen veränderten Nahverkehrsplan vorzulegen. Gleichzeitig ist der VBFV mit der VVV und der HAVAG neu zu erarbeiten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.
3. Der Stadtrat beschließt, zur Sicherung der Maßnahmen aus den Mitteln des ÖPNV-Gesetzes des Landes, der HAVAG, 3,5 Mio. € aus dem Verwaltungshaushalt und 2,7 Mio. € aus dem Vermögenshaushalt zur Verfügung zu stellen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Anpassung der Namen von HAVAG-Haltestellen an tatsächliche Fahrtziele Vorlage: IV/2005/05157

Wortprotokoll:

Herr Dr. Eigengeld erläuterte den Änderungsvorschlag zum Antrag (wurde verteilt).

Herr Sänger fragte, wie man mit den betroffenen Fahrgästen ins Gespräch kommen wolle oder ob der Stadtrat allein die Entscheidung zur Haltestellenumbenennung treffen soll.

Herr Dr. Eigenfeld erklärte, dass eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der SR-Fraktionen, Der Stadtverwaltung und der HAVAG die Änderungsvorschläge erarbeitet und diese im Amtsblatt veröffentlicht werden. Dieser Prozess soll bis zum März/ April 2006 abgeschlossen sein.

Frau Dr. Haerting stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Rederecht für die HAVAG. Diesem wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Geuther stellte den Antrag auf Änderung des Pkt. 2 des Antrages. Er sprach sich gegen die Einrichtung einer zusätzlichen Arbeitsgruppe aus. (Geänderter Antrag in der Anlage zum Protokoll).

Frau Schlüter-Gerboth gab zu bedenken, dass überall in den öffentlichen Kassen keine Mittel vorhanden sind.

Herr Dreßler fragte nach der Höhe der Kosten für eine Umbenennung und hielt die Finanzierung für öffentliche Einrichtungen für schwierig.

Herr Girard antwortete, dass die Kosten je nach Art der Haltestelle sich auf 1000 bis 5000 € belaufen. Er schlug vor, die Ansagen in den Fahrzeugen anzupassen (Kosten einmalig ca. 1000 € und monatlich ca. 100 €).

Die Entscheidung solle die Stadt treffen, die HAVAG habe kein Interesse an einem Geschäft mit der Haltestellenumbenennung.

Frau Dr. Haerting gab den Hinweis, darauf zu achten, dass öffentliche Einrichtungen auf Ihren Kopfbögen die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV integrieren.

Herr Dr. Pohlack betonte noch einmal, dass ausschließlich öffentliche Einrichtungen gemeint sind.

Dem Änderungsantrag von Herrn Geuther wurde mit

3 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

2 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 3
Nein-Stimmen 1
Enthaltungen 2
mehrheitlich angenommen

zu 5.2 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Erweiterung der Vorgartensatzung Vorlage: IV/2005/05221

Wortprotokoll:

Herr Weihrich gab eine kurze Zusammenfassung zur Problematik Vorgartensatzung.

Frau Dr. Haerting erläuterte, die Notwendigkeit der Erweiterung der Vorgartensatzung im Paulusviertel (in der Hegelstr. wurden Parkplätze im Vorgarten errichtet).

Herr Sängner merkte an, dass das Paulusviertel sehr zugeparkt ist. Ein Fehler sei gewesen, den Bau von Parkplätzen in den Innenhöfen zu untersagen.

Herr Lehmann meinte, man könne nicht bei jedem Vorfall eine Satzung ändern.

Herr Dr. Hannuschka erläuterte, dass es bei Inkrafttreten der neuen Bauordnung keine Ermächtigung (fünf Jahre Geltungsdauer) und keinen Bestandsschutz für die Vorgartensatzung geben wird.

Herr Dr. Pohlack ergänzte, dass das Ziel der Erhaltung von Vorgärten durch Erhaltungssatzungen besser zu erreichen ist. Diese werden zur Zeit erarbeitet.

Frau Dr. Haerting war der Meinung, dass die Erweiterung des Geltungsbereiches unschädlich sei.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 3
Nein-Stimmen 3
mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Gestaltung und Einfriedung von Vorgärten (Vorgartensatzung) wird wie folgt geändert:

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die Satzung gilt

a) im Gebiet des Paulusviertels in den Grenzen

L.-Wucherer-Straße: von Paracelsusstraße bis Reileck – nördliche Bebauung, einschließlich Martha-Bratzsch-Straße – nördliche und südliche Bebauung,

Reilstraße: von Reileck bis Wolfensteinstraße, östliche Bebauung,

Wolfensteinstraße: von Reilstraße bis Paracelsusstraße, südliche Bebauung

Paracelsusstraße: von Wolfensteinstraße bis L.-Wucherer-Straße, westliche Bebauung

zu 6 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

Frau Schlüter-Gerboth war mit der Beantwortung ihrer Anfrage zu Gewerbegebieten nicht ganz zufrieden. Sie wollte noch wissen, welche Ansiedlungen im Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A14 im Osten stattgefunden haben.

wird schriftlich beantwortet

Weiterhin fragte sie, wann die Planungen für die Stadtumbaugebiete im PA vorgestellt werden.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass diese bereits in der Lenkungsgruppe diskutiert werden und Mitte 2006 das Gesamtkonzept für das Stadtgebiet vorgestellt wird.

Herr Dr. Eigenfeld bat, zu prüfen, ob auf dem Platz Kefersteinstr./ Glauchaer Str. geordnetes Parken eingerichtet werden kann.
Wird geprüft und schriftlich beantwortet.

zu 8 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Herr Sänger informierte zum Projekt „Hermes“ da er im ständigen Kontakt mit dem Bauherren steht. Er schlug vor, das Verfahren zur FNP-Änderung von Anfang an zu wiederholen unter Vermeidung der aufgetretenen Probleme. Dies würde eine Zeit von ca. einem Jahr in Anspruch nehmen, eine Klage würde länger dauern.

Herr Dr. Pohlack erklärte, dass die Fehler des Verfahrens geheilt sind.

Herr Sänger schlug vor, das Gutachten ergänzen zu lassen um den Handel in der Umgebung einzubeziehen.

Herr Dr. Pohlack befürchtete, dass dann wieder ganz andere Ergebnisse zu erwarten wären.

Herr Sänger teilte mit, dass die Termine 2006 für den PA wie folgt stattfinden:

31.01.2006	25.07.2006
28.02.2006	26.09.2006
28.03.2006	24.10.2006
25.04.2006	28.11.2006
30.05.2006	12.12.2006
27.06.2006	

zu 8.1 Mitteilung zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 05.09.2005 - öffentlicher Teil Vorlage: IV/2005/05332

Wortprotokoll:

Herr Sänger äußerte sich schockiert über das Votum des GBR zur Ladenzeile Zenkerstr. Er hielt einen Denkmalschutz und eine permanent künstlerische Begleitung für übertrieben und bat die Verwaltung um eine Stellungnahme.

Herr Dr. Pohlack sagte, dass der GBR klar definierte Aufgaben hat. Oft bitten Bauherren um Gestaltungshilfe wie in diesem Fall. Der GBR hat eine beratende Funktion, die von vielen Bauherren gern angenommen wird. Die Bebauung Zenkerstr. wird nicht unter Denkmalschutz gestellt.

Herr Dreßler sagte, dass die Bebauung Brunos Warte aus Sicht des DDR-Städtebaus eine gelungene und bedeutende Bebauung und damit auch ein wichtiges Zeitzeugnis ist und kein Plattenbau wie jeder andere.

Herr Sänger meinte, dass der dazu gelaufene Wettbewerb völlig ausreichend und angemessen gewesen ist.

Herr Lehmann war der Meinung, dass bei der Installation des GBR große Aufgaben wie der Riebeckplatz und der Marktplatz vor der Stadt standen. Zur Zeit gibt es keine solchen Projekte mehr. Der GBR solle sich auf große Projekte konzentrieren.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Beschluss:

Die Empfehlungen des Gestaltungsbeirates zu folgenden öffentlichen Vorhaben werden zur Kenntnis gegeben:

1. HWG Sanierung Zenkerstraße 2-4
2. HWG Umbau Ladenzone Moritzzwinger
3. Neubau Talstraße 26b
4. EKZ Heide-Süd
5. GWG Umbau Wohngebäude Oleanderweg

zu 8.2 Ergebnis der Prüfung zum Antrag Aufhebung nicht erforderlicher Erhaltungssatzungen (Beschluss-Nr. IV/2005/04964)

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

zu 8.3 Sachstandsbericht zum B-Plan Nr. 88 Altindustriestandorte Halle-Süd

Wortprotokoll:

Frau Grimmer gab einen Sachstandsbericht.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Schmiedehaus
Protokollführerin

Dr. Pohlack
Beigeordneter

gez.
Sänger
Vorsitzender